

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 23. September 1921.

-----

1. A u s g a b e .

=====  
Die Zuwendung an die Wiener Gemeindeangestellten, Lehrpersonen,  
sowie die Pensionisten aus diesen Gruppen, Als Ergebnis der Verhandlungen, die der Personalreferent der Gemeinde Wien Str. Speiser mit dem Verbands des städtischen Angestellten geführt hat, hat Bürgermeister Reumann über Vorschlag des Personalreferenten gegen nachträgliche Genehmigung der Gemeindegörperschaften verfügt, daß an die obgenannten Gruppen sofort folgende Zuwendungen ausbezahlt sind: Die Verwaltungsangestellten und Lehrer erhalten 50% ihres am 1. September bezogenen Gehaltes, vermehrt um die Teuerungszulage jedoch ohne Familienzulage, daher auch ohne Einrechnung der einheitlichen Zulage von 6000 K, die bei Ledigen und Verheirateten mit einem Kind die Familienzulage ersetzt. Der zur Auszahlung gelangende Betrag muß jedoch mindestens 4.500 K betragen, so daß der rechnungsmässig sich ergebende Minderbetrag auf dieses Ausmaß erhöht wird. Für Angestellte unter 22 Jahren/<sup>und</sup> mit weniger als zwei Dienstjahren wird das Mindestmaß der Zuwendung mit 4000 K festgesetzt. Die Pensionisten (Pensionierte Angestellte, Witwen und Waisen) erhalten eine Zuwendung von 1800 K, die ebenfalls sofort zur Anweisung gebracht wird. - Eine Verfügung für die Angehörigen der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten erfolgt nach dem am heutigen Tage noch zu erwartenden Abschluß der Verhandlungen.

-----

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 23. September 1921.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 23. September 1921.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung:

Gespendet haben: Fritz Kreissler und Harriet Kreissler, New-York zur Unterstützung geistiger Arbeiter Wiens 1.000.000 K.

Die Deutsches Surabaya's (Java) und deren Freunde zu Gunsten notleidender und unterernährter Kinder 305.400 K.

Eine Frauenvereinigung in Tokio zur Unterstützung notleidender Wiener Frauen und Kinder 261.092 K.

Die Wiener Bürsekammer für die Armen der Stadt Wien 200.000 K, S. Neumann, Chicago, für wohltätige Zwecke 40.000 K.

Anna Sauber, I., für Arme und arme Kinder der ersten Bezirkes 25.000 K.

Frau Krauss, Präsidentin der Heimathilfe in New Jersey, Amerika für städtische Kinderheime 13.000 K.

Die deutsche Dampffischerai „Nordsee“ für Kinderfürsorgezwecke 10.000 K.

Die Neue Freie Presse für hungernde Kinder Wiens eine Sammelspende von 10.000 K.

Josef Popper, XIII., für Arme des 13. Bezirkes 10.000 K;

Hermann Beer, XIII., für Arme in Penzing 5000 K und Gisela Plöhn, XIII., für die Armen des XIII. Bezirkes 1500 K.

Maria Adlersflügel und Reif, Bukarest, für arme Wiener Kinder 1329 K.

Ein ungenannt sein wollender Spender zu Gunsten des VI. und VII. städt. Waisenhauses 1200 K.

Karl Hauser, St. Paul, Amerika, als Notstandsspende 1000 K.

Leopold Seligmann in Köln 456 K.

F. H. Meynema, Rotterdam, für die Waisen Wiens 100 K Obligationen.

Für die Armen: Josefina Hirschmann, XIV., 10.000 K; Dr. Waldemar Obldschmid, IX., und Dr. Alois Strauss, III., je 1000 K.

Nationalrat Franz Zelenka, XVII., 500 K; Viktor Brocker, Klosterneuburg-Kierling 400 K; Santor Sey, XIX., 200 K; Karl Rumpel, II., Maximilian Stadler, III., Karl Beranek, XV., je 100 K.

Louis Hollweg, Indianapolis, 1000 Kisten Kondensmilch

Das amerikanische Rote Kreuz in Wien für Schulzwecke 10.000 Pfund Wolle und 10.000 Stück Stricknadel; für das Jubiläumsspital eine größere Menge Arzeneien und medizinische Behelfe.

Der Liebesgaben-Zentralausschuss für Brasilien in Rio ein Paket Kleidungsstücke.

Die Firma Zwitt & Co. in Wien dem Versorgungsheim in Lains und dem Frauenausschuss 15 Kisten Kondensmilch.

Professor Dr. Alfred Kleinberg, Prag, das von ihm verfasste Werk „Ludwig Anzengruber“.

Der regierende Fürst von und zu Diechstein ein wertvolles Bild von G.V. Opis aus dem Jahre 1805.

Bürgermeister Reumann fährt dann fort: Seit Wochen wird die Wiener Bevölkerung durch die Vorgänge, die sich an unserer Ostgrenze abspielen, in steter Erregung gehalten. Unsere Republik wird daran gehindert das Burgenland, das ihr in Wege des Staatsvertrages von St. Germain als Gebiet zugewiesen worden ist, in Verwaltung zu nehmen, willige und so ein Rechtsbruch begangen, wie er krasser und offener nicht den den gedacht werden kann. Mit Berechtigter Entrüstung müssen wir sehen,

wie diese Beugung des Rechtes der Völker vor aller Welt vor sich geht, und wir können nur hoffen, daß der geplante neuerliche Anschlag rechtzeitig verhindert wird. Was uns aber aufs tiefste schmerzt und verletzt ist die Tatsache, daß durch die beklagenswerten Ereignisse im Burgenland gleich Blut geflossen ist, daß Gendarmen und Reichwehramänner, aber auch an den Vorgängen gänzlich unbeteiligte uns Leben gekostet sind oder an ihrer Gesundheit Schaden gelitten haben. Die zum Schutze unserer Rechte aufgewendeten Gendarmen und Reichwehramänner haben ihre Pflicht opfermütig erfüllt und wir danken ihnen dafür. Das Andenken der Gefallenen wird von uns stets in Ehren gehalten werden und wir erwarten, daß die Republik für die Hinterbliebenen so sorgt, wie es der Größe des Opfers und der Pflicht des Dankes entspricht. Tief zu bedauern ist, daß die Stadtvertretung der ungarischen Hauptstadt sich in Schmähungen gegen Oesterreich und seine Bevölkerung erging und daß dadurch der nationale Haß geschürt wird, der schon so viel Unglück, unter dem nicht nur Oesterreich, sondern auch Ungarn ja ganz Europa leidet, hervorgerufen hat. Hoffen wir, daß auch in Ungarn jene Einsicht Platz greift, die endlich diesem Zustande ein Ende macht und Raum schafft für die friedliche Arbeit der alle Staaten so sehr bedürftig ist.

Ich bitte mich zu ermächtigen dem Stadtsenat einen Vorschlag über eine Widmung zu machen, die der Unterstützung der Opfer, die Westungarn erfordert, dienen soll.

Bürgermeister Reumann fährt weitere aus: Tief erschüttert hat mich die Nachricht von der furchtbaren Explosionskatastrophe in Oppau bei Ludwigshafen. Zahlreiche Tote und Schwerverwundete deckten das Trümmerfeld, zu dem der Betrieb geworden ist, der so grauenvolle Gefahren barg und so furchtbare Opfer forderte. Familien sind ihres Ernährers beraubt, ihren ohne Obdach umher, haben ihr ganzes ohnehin geringes Hab und Gut eingebüßt. Unsere Sympathien für das deutsche Volk schaben den Schmerz begreiflich, der uns bei dieser Unglücksbotschaft erfasste. Das furchtbare Unglück, das die geistigen und manuellen Arbeiter betroffen hat, die in diesem gefährlichen Betrieb arbeiten mussten, ist nicht wettzumachen. Um die Bewohner, deren Heim zerstört wurde, schadlos zu halten, sind so gewaltige

Summen notwendig, daß die kleine Beihilfe, die der Gemeinde Oppau zur Linderung des Elends zu widmen ich Ihnen vorschlage, nur ein ganz bescheidenes Zeichen unserer innigsten Anteilnahme ist. Ich bitte Sie, meinen Vorschlag, 300.000 K. für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen.

Beide Mitteilungen des Bürgermeisters wurden mit lebhafter einhelliger Zustimmung aufgenommen.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß die Wiener Freiwillige Rettungsgesellschaft für die Subvention von 2 Millionen Kronen mit dem Konsortium der Wiener Banken, wegen Ausbaues von Wasserkraften zur Versorgung der Stadt Wien mit elektrischer Energie zu beraten. Er erteilt sofort dem Referenten hierüber das Wort.

Referent SM. Treibner führt aus: Am 24. Juni d. J. habe ich die Budgetdebatte mit dem Hinweis eingeleitet, dass die Krone den noch nie niemals verzeichneten Tiefstand von 86 Centimes erreicht habe. Der stenografische Bericht verzeichnet an dieser Stelle „Bewegung“. Seither ist die Krone weit unter die Hälfte des damaligen Wertes gesunken, der uns heute schon als ein fast unerreichtbarer Hochkurs erscheint. Im Verlauf von genau drei Monaten hat sich also neuerlich eine ungeheure Zerströrung vollzogen. Da nun die Frage aufgeworfen werden, ob denn tatsächlich das Wirtschaftsleben in Oesterreich in diesen 90 Tagen einen solchen Niedergang erfahren hat, dass diese Wertbemessung unserer Währung gerechtfertigt erscheint. Der mühselig-schleppende Gang der Kreditaktion, die Wirren in Westungarn bedrücken uns zweifellos in verhängnisvoller Weise. Dem gegenüber stehen aber doch auch günstige Momente von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Vor allem anderen zeigt es sich immer deutlicher, daß jene Pessimisten unrecht behalten, die die Geltung Wiens unlösbar mit ihrer Eigenschaft als Kaiserstadt verknüpft sehen, die uns vorerzählten, dass binnen ein, zwei Jahren Wien ein verödeter, von den Menschen verlassener Steinhaufen sein werde, daß am Graben das Gras sprießen werde, weil die namenstandenen Hauptstädte der Nationalstaaten Wien auf den Range eines Provinzortes herabdrücken müssen. Von all' dem hat sich kein Wort bewahrheitet. Im Gegenteil! Es zeigt sich, dass die lässige, bequeme Art des Wiener einer früher nie beobachteten Regsamkeit gewichen ist. Als weithin sichtbares Merkmal dessen ist die Wiener Messe zu betrachten, für deren außerordentlichen Erfolg nicht so sehr die Kopfzahl der nach Wien gekommenen Fremden, auch nicht das förmliche Zauberkunststück ihres kugeleren technischen Aufbaues, nicht einmal so sehr der Umstand, ob bei diesem ersten Versuch um ein paar Milliarden Kronen mehr oder weniger Geschäfte gemacht wurden, ent-

scheidend ist. Maßgebend hierfür war vielmehr der, in grandioser, alle hochgestimmten Erwartungen übertreffenden Umfang erbrachte Nachweis, daß in Wien und Oesterreich gearbeitet wird. Die Einzelobjekte selbst, die in großen Massen um die tausende Ausstellungsobjekte drängten, waren gleich den zugewandten Ausländern ganz verblüfft über die in einer Fülle, technischen Vollendung und Höhe des Geschmacks zur Schau gestellten Erzeugnisse, denen all' die furchtbaren Hemmnisse und Schwierigkeiten des Krieges und der Nachkriegszeit nicht anmerken waren. Auch alle jene, die seit 1918 keinen anderen Ehrgeiz kennen, als von der Faulheit der Arbeiter und Angestellten zu sprechen und die nicht zum geringsten Teil an den Tiefstand der Krone und dem Misstrauen des Auslandes Schuld tragen, mußten vor diesen überwältigenden Leistungen schweigen, ja die Unwahrheit des Gerüchtes zugestehen: Eine Stadt, in der solche Unternehmungskraft und Arbeitsfreude herrschen, wie sie in dieser Messe zu Tage getreten sind, kann und wird nicht untergehen.

Und als zweites großes Zeichen, dass Wien und seine Verwaltung nicht gewillt sind, sich aufzugeben, sondern vielmehr mit aller Kraft den Kampf gegen alle diese Widrigkeiten des Ueberganges aufnehmen, ist auch die heutige Vorlage zu betrachten. Sie ist volkwirtschaftlich die wichtigste, mit der sich der Wiener Gemeinderat seit Jahren zu beschäftigen hatte, sie ist seit dem Juli 1914, um welche Zeit der Zusammenbruch seinen Anfang genommen hat, die erste, die ein wirkliches und bedeutendes Stück von Wiederaufbau in sich schließt. All' das, was bisher geschehen ist, war die unter unglücklichen Mühen sich vollziehende Aufrechterhaltung der Einrichtungen der Vorkriegszeit. Was heute beschlossen werden soll, ist neues Schaffen. Um in wenigen Sätzen den Sinn der Vorlage zusammenzufassen: Wenn in etwa vier Jahren das erste Bauprogramm der Wasserkraftwerke durchgeführt sein wird, so haben wir damit 16.000 Waggons Kohle jährlich für unsere Volkswirtschaft gewonnen, die bisher nutzlos zu Tage geraucht sind, um die wir im Ausland förmlich betteln mußten, für die nach den heutigen Preisen eine Milliarde Kronen in die Tschechoslowakei oder nach Deutschland wandern. Es ist ein Stück Unabhängigkeit vom Ausland, eine sehr wesentliche Erleichterung des Verkehrsproblems unter den wir ja nicht minder zu leiden hatten und noch leiden, als unter der Kohlennot an und für sich, es ist eine Verbesserung unserer Valuta. Im Friedensrechten die Frage des Ausbaues der Wasserkraften vielen lediglich als Rechenexempel, ob das investierte Kapital dieselbe Verzinsung bringe, wie das in ein Kohlenwerk hineingesteckte Geld. Mit der Zerreißung des einstigen großen Wirtschaftsgebietes liegen die Dinge völlig anders. Nun handelt es sich darum, alle jene Kräfte, die wir in diesem kleinen Staatsgebiet haben, nutzbar zu machen und unsere Einfuhr auf das geringste denkbare Maß zu begrenzen. Kohlenvorkommen hat uns die Natur fast gänzlich versagt. Dafür sind wir aber in Oesterreich weit stärker als andere

Gebiete mit Wasserkraften ausgestattet. Diese Umwandlung in Kohle ist technisch vollkommen gelöstes Problem ist. Die eigentliche Schwierigkeit liegt in der Geldbeschaffung. Das erste Bauprogramm das die Wasserkraftwerke an der Ybbs, an der Wasserleitungsstrecke Lunz-Kienberg-Gaming, die Fernleitung nach Wien und die zu deren ökonomischen Ausnützung noch notwendigen mehrere tausend Pferdekraft aus anderen Wasserläufen umfasst, hätte im Frieden 34 Millionen Kronen gefordert. Die letzten Berechnungen weisen den Betrag von 3.600 Millionen Kronen auf. Die Bemühungen, ausländisches Kapital für den Ausbau zu gewinnen, um eine wertbeständige Anlage - summe zu haben, erwiesen sich als vorgeblich. Es muß aber überhaupt bezweifelt werden, ob angesichts der Tatsache, daß doch die Einnahmen der Gemeinde nur in Kronen fließen, eine Verschuldung in Dollar oder Schweizer Franken, sowie die Dinge wenigstens zunächst liegen, überhaupt von Vorteil wäre. Die geführten Unterhandlungen zeigten übrigens, daß das Ausland, dem für seine gute Valuta die ganze Welt offen steht, an die Verdienstmöglichkeiten ganz außerordentliche Ansprüche stellt, denen wir uns nicht fügen wollten und die auch mit der bisherigen Selbständigkeit der Gemeindebetriebe unvereinbar wäre. Wir müßten die großen städtischen Monopole ausländischer Verwaltung unterwerfen, auf die autonome Bestimmung der Tarife verzichten, zumindest auf Jahrzehnte hinaus dem ausländischen Kapital Beteiligungen an diesen Betrieben gewähren. Dieser Weg hat sich als ungangbar gezeigt. Untätig abzuwarten bis die Krone eine Stabilisierung erfährt oder durch eine andere Währung ersetzt wird, mag ja recht vorsichtig sein. Es kann gewiß geschehen, daß in späterer Zukunft einmal der Nachweis erbracht wird, daß rein vom Standpunkt der Preiskalkulation es besser gewesen wäre, nichts zu unternehmen. Ich glaube indes nicht, daß sich der Wiener Gemeinderat zu dieser Politik der Unproduktivität bekennen kann. Die Risiken der Ausführung mit so schlechten Kronen wurden keineswegs übersehen, sondern genau erwogen. Sie können unangenehm aber bei entsprechend rascher Abschreibung der Anlagen und angesichts der Monopolstellung der Gemeinde nicht verhängnisvoll werden. Zudem vermag sich ja die Rückverwandlung der Papierkrone in die Goldkrone, sofern es überhaupt denkbar wäre, das Wirtschaftsleben der nächsten Jahrzehnte zum Spielball der Valutaspekulation nach oben zu machen, nur im Laufe einer langen Periode zu vollziehen. Der Zuwachs von einem Drittel der bisherigen Produktion für das Elektrizitätswerk, die Gewinnung von 100 Millionen Kiliwaattstunden aus den geplanten Wasserwerken, die Gewissheit, daß dann jene schweren Störungen und Drosselungen ein Ende haben, denen Wien in den letzten Jahren ausgesetzt war, rechtfertigen dieses Risiko. Dazu kommt noch die Erwägung, daß die moralische Wirkung auf das In- und Ausland sicherlich nicht ausbleiben wird. Der Ausbau der Wasserkraft, dieses größten unausgenützten Naturschatzes, den unser Staat besitzt, hat in hohem Maße die Erör-

terungen über die Aufbaumöglichkeiten der zusammengebrochenen Wirtschaft beherrscht. Die Tatsache, daß die Stadt Wien in Verbindung mit dem österreichischen Kapital nunmehr daran geht, diesen Ausbau unverzüglich zu beginnen, schon am 1. November d. J. wirklich mit den Arbeiten einzusetzen, ist eine Tatsache, die nicht unbemerkt bleiben kann und Vertrauen einflößen muß.

Der Referent berichtet sodann eingehend über das Zustandekommen und den Inhalt des Vertrages. Besondere Verdienste haben sich der Präsident des staatlichen Wasserkraft- und Elektrizitätswirtschaftsamt Dr. Wilhelm Ellenbogen und Ministerialrat Dr. Gärtner erworben. Sie stellten sich mit unermüdlicher Ausdauer in den Dienst der Gemeinde und förderten die Verhandlungen, die von Februar angefangen, ununterbrochen bis in die letzten Tage hinein dauerten, tatkräftig und zielbewusst. Die Anregung zur Ausführung der Wasserkraft mit ausschließlich österreichischem Kapital rührt von Ministerialrat Dr. Max Pernt her. In zähen Ringen ist es in dreißig vielstündigen Sitzungen unter loyaler Mitwirkung auch der Minorität, was dankend hervorzuheben sei, gelungen, das Übereinkommen günstig zu gestalten, als es unter den obwaltenden Verhältnissen eben möglich ist. Im Frieden hätte die Gemeinde ohne weiteres die damalige Pausumme von 34 Millionen einfach in Anlehenswege beschaffen können. Damit wäre die Stadt im übrigen so frei gewesen, wie etwa beim Bau der Hochquellenleitung oder des Elektrizitätswerkes. Heute sei die Aufbringung von 3.600 Millionen Kronen für die Gemeinde unmöglich. Daraus folgt, daß den Geldinstituten, die sich zur Übernahme der Wasserkraftobligationen verpflichten, gewisse Vorteile eingeräumt werden müssten. Vollkommen aufrecht und unberührt bleibt aber die Tarifhoheit der Gemeinde und eine Beteiligung des Finanzkapitals an der Führung, an den Erträgen des Elektrizitätswerkes erfolgt nicht. Unmittelbar nach Bauvollendung geht der Betrieb der Wasserkraftanlagen vollständig an die Gemeinde über, nach 30 Jahren fallen die Werke ohne jede Entschädigung der Stadt zu. Die zwischenseitig an die WAG zu leistenden Vergütungen beinhalten keine übermäßige Gewinnmöglichkeit. An der WAG ist die Gemeinde zu dem mit der Hälfte des Aktienkapitals beteiligt und überdies muß ein Teil der Einnahmen, falls die Kohlenklausel wirksam wird, zur vorzeitigen Tilgung der Wasserkraftobligationen verwendet werden. Die gewählte Form der Aktiengesellschaft kann wohl auch den Vorteil bieten, daß die gegenwärtig jeder Einheitlichkeit entbehrende Verwertung der Wasserkraft eine Zusammenfassung und feste Richtung erfährt.

Der Referent schließt mit dem Appell, der Wiener Gemeinderat möge ohne Unterschied der Partei, wie ja auch gelegentlich der Verhandlungen lediglich das Gesamtinteresse der Stadt vertreten wurde, einmütig der Vorlage zustimmen.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.) Der Herr Referent hat an die Spitze seiner Ausführungen den Satz gestellt, dass mit der heute zur Beratung gelangenden Vorlage der erste Schritt zum positiven Wiederaufbau seitens der Gemeinde Wien gemacht wird. Auch wir begrüßen und insbesondere von diesem Gesichtspunkte aus die Vorlage auf das wärmste. Wir sind jederzeit dafür eingetreten, daß die Gemeinde Wien sich an die Spitze des positiven Schaffens stellt zum Segen der Bevölkerung dieser Stadt. Der Herr Berichterstatter hat in bemerkenswerter Weise in diesem Zusammenhange auch des Umstandes gedacht, daß die Lebensfähigkeit Wiens gerade aus Anlaß der Wiener Messe erkennbar zu Tage getreten sei. Eine Bemerkung, die für die heutige Zeit sehr charakteristisch ist, denn sie beweist uns, daß auch auf dieser Seite die Erkenntnis herangereift ist, daß die Arbeitskraft, die Geschicklichkeit und Arbeitswilligkeit, die in den großen Massen unserer Arbeiter- und Angestelltenschaft vorhanden ist, dadurch zur fruchtbareren Tat werde, daß sie unter der Führung einer sozialpolitischen, das Wohl der Arbeiterschaft erkennenden Unternehmerschaft steht. Das was von ihm gesagt wurde, über abfällige Kritik an der Arbeitswilligkeit der Arbeiterschaft, mag wohl von manchem so geküssert worden sein, unsere Meinung war es nie. Wir sind vollkommen überzeugt, daß, wenn es vorübergehend an dem Geiste der Arbeitswilligkeit gefehlt hat, dies nicht im Wesen unserer Bevölkerung liegt.

Was die Vorlage anbelangt, will ich von dem technischen Standpunkte aus nichts sagen und dies meinem Parteifreunde GR. Schmid überlassen. Aber neben den technischen ist es heute am allermeisten ein finanzpolitisches Problem, wie auch sehr zutreffend der Herr Berichterstatter gesagt hat. Das was zu schaffen ist an Werten ist heute im wesentlichen wohl dasselbe wie im Jahre 1914. Aber die finanzielle Anlage ist heute eine ganz andere. Nicht weil es an Geld gebricht, sondern weil wir mit der Schwierigkeit kämpfen, das Geld der wüsten Spekulation zu entziehen. Es wird natürlich von den Leuten, die durch die ständig bewegten Vorgänge auf dem Valutenmarkte beschäftigt sind, auch an dieses Problem die Frage geknüpft wie das mit dem Stande unserer Valuta zustande zu bringen sei. Bei Wasserwerken zur Erzeugung von elektrischer Kraft liegt ja das Schwergewicht in den Kosten der Anlage und nicht des Betriebes. Und darum fragt man sich, ob es nicht ungünstig sein werde, wenn die Anlagekosten bei dem gegenwärtigen Tiefstande unserer Valuta aufgewendet werden. Darauf kann niemand eine direkte Antwort geben. Aber ich stimme dem Herrn Referenten bei, daß es praktisch unmöglich sei uns in fremden Valuten zu verschulden. Aber soll sich deswegen die Gemeinde Wien die Gelegenheit entgehen lassen, einen Versuch zu unternehmen, der zur größeren Unabhängigkeit dem Auslande gegenüber beitragen kann. Jedenfalls erkennen wir, daß wir die ökonomische Unabhängigkeit, soweit dies möglich ist, zu fördern trachten müssen und dazu dient auch dieses Werk.

Es wäre nun das naheliegende an unsere Bürger selbst heranzutreten, aber daran ist jetzt nicht zu denken. Es wird einer viel weitergehenden Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse bedürfen, bis wir daran gehen können, unmittelbar an das breite Publikum zu appellieren. Nun sind wir auf den Weg gewiesen bei den Banken das Geld zu bekommen. Die Verhandlungen haben dazu geführt, daß das Gebilde der WAG zwischen die Gemeinde Wien und die Banken eingeschoben wurde. Dieses Gebilde hat seine Nachteile und seine Vorteile. Seine Nachteile, da die Sache dadurch unübersichtlich wird. Wir haben nur mit großem Zögern unsere Bedenken zurückgestellt. Ich will

aber nicht verkennen, daß dem zwei Vorteile gegenüberstehen. Vielleicht der erste, daß die Gemeinde Wien nicht als Unternehmerin in all zu weitem Umfange auftritt, der zweite Vorteil, daß zwischen der Gemeinde Wien und dem Kapitalmarkte eine Entlastung entsteht, daß die Obligationen von der WAG ausgestellt sind und nicht von der Gemeinde Wien. Und auch darin, daß wir bei der Vergebung der Obligationen günstigere Bedingungen erlangen werden. Nun müssen wir verlangen, wenn so erhebliche Vorteile der WAG und zur Hälfte der betreffenden Bankengruppe zugewendet werden, dass auch der Gemeinde Wien bei der Begebung der Obligationen so günstige Bedingungen eingeräumt werden, als diese Vorarbeit es verlangt. Das wird wohl erst in der Zukunft geschehen können, aber dadurch, dass wir jetzt vorweg solche Begünstigungen gewähren, muß uns auch die Grundlage gegeben werden, aus der wir möglichst günstige Bedingungen zur Begebung erzielen können. Redner erklärt, daß die Gemeinde darauf sehen müsse, dass hinsichtlich aller Angelegenheiten, deren Regelung dem Komitee unterliegt aus dem Votum der Gemeinde entscheidend ist. Dieses Ziel wurde auch erreicht. Allerdings nur bezüglich des ersten Bauprogramms. Aber Redner erkläre schon heute, daß auch in der Zukunft die Gemeinde über die Verwendung der Gelder mitsprechen müsse. Es genüge nicht, daß ihre Vertreter im Komitee sitzen, sondern sie müssen auch von allen Vorgängen fortlaufend unterrichtet werden. Auch dieser Punkt wurde in den Richtlinien aufgenommen. Infolge dieser Konzession ist es den Christlichsozialen möglich, trotz gewisser Bedenken der Vorlage ihre Zustimmung zu erteilen. Ich möchte daran den Wunsch knüpfen schließt Redner, daß das große Werk unserer Bevölkerung zum Vorteile gereichen möge und daß wir dadurch den Beginn eines möglichst fruchtbareren und möglichst anstrengenden Wiederaufbaues in unserem Vaterlande und insbesondere unserer Gemeinde entgegengehen.

GR. Dr. Fränkel (Soz. Dem.) weist darauf hin, daß nach dem Zusammenbruch für Deutschösterreich nur ein ganz geringer Bruchteil von Kohlenvorkommen übrig geblieben ist und daß die im Lande gewonnenen Kohlen zum Teil auch minderwertig seien. Nach dem Umsturz sind von der alten Monarchie für Oesterreich 23% der Bewohner aber nur 1% Kohle zurückgeblieben. Die Wasserkräfte, die ausgebaut waren, wurden, wie in Dalmatien und Kärnten, für die chemische Industrie verwendet. Wenn man sieht, daß man im Jahre 1921 zwanzig Milliarden Kronen exportieren mußte, um Kohle zur Beheizung und Engergieerzeugung zu bekommen, so muß man sich sagen, daß es besser gewesen wäre, wenn man schon früher und rascher an den Ausbau der Wasserkräfte geschritten wäre. Allerdings sei es nicht einfach, ein so großes Problem zu lösen. Die Wasserkräfte, die ausgenützt werden sollen, sind verschiedener Art. Zunächst die Donau, die zweihunderttausend Pferdekkräfte hergeben kann, und für deren Ausbau es bereits eine Reihe von Projekten, teils gute, teils weniger gute gibt. Aufgabe der WAG wird es nun sein, diese Projekte mit den Projektanten durcharbeiten und die geeigneten auszuwählen. Die Ausnützung der Donau sei deswegen schwierig, weil sie ein sehr wechselvolles Geschiebe habe, und weil unsere, allerdings hervorragende Technikerschaft, nicht die Erfahrung mit so großen Wassermengen hat. Das Werk in Kienberg-Gaming produziert 18.000 Pferdekkräfte, sehr wenig, wenn man bedenkt, daß dazu auch noch ein Verlust auf dem Wege der Leitung kommt. Es könne daher nur unter der Voraussetzung gebaut werden, daß das Ybbstalwerk mit anderen Werken zusammengebaut werden. Denn diese kleinen Energiemengen kommen auf ein Netz, welches die doppelte Menge trans-

partieren könnte. In Betracht kommen weiter noch die untere und die steirische Enns, welche letztere aber nicht gebraucht wird, wenn die Donaukräfte entsprechend ausgebaut werden. Wenn all diese Werke ausgebaut werden, so werden aus diesem Stromkreis über eine halbe Millien Pferdekkräfte gewonnen werden, es werden auch alle jene Werke die mit Kohle betrieben werden, von dieser befreit werden können. Es bleibt auch noch die Frage, ob der Ausbau der Wasserkräfte so rasch vor sich gehen kann, als der Konsum steigt. Es wird aber gerade und des Industriebezirkes der Konsum von Wien gedeckt werden können und es wird gut sein, wenn noch eine kalorische Reserve vorhanden ist. Die Gemeinde Wien stehe vor einem großen Werk, von dem ein Stück das Ybbstalwerk ist, und durch welches erreicht werden soll, daß Wien einen ungeheuren Zustrom von Energie bekommt, damit die Beheizung und die Beleuchtung ökonomischer gestaltet werden könne. Ein großes Werk wird begonnen, von dem ein künftiger Geschichtsschreiber wird sagen können: In diesem Sprechhaus ist das Wort zur Tat geworden.

GR. Schmid (chr.-soz.) erwähnt einleitend, daß schon Bürgermeister Dr. Lueger vor mehr als einem Dezennium die Notwendigkeit der Ausnützung der Wasserkräfte zur Erzeugung von elektrischer Kraft erkannt habe, daß die Projekte unter Dr. Weiskircher fortgesetzt und nun von der gegenwärtigen Gemeinderatsmajorität ihrer Vollen- dung zugeführt wurden. Sodann geht der Redner auf das technische Gebiet über und sagt, daß die vorliegenden Projekte von allen möglichen Fachleuten überprüft und für gut befunden wurden, was sich auch bei der anstandslosen Konzessionierung gezeigt habe. Wenn die Ybbs als Kraftquelle angenommen werde, so ergäbe diese nach dem ersten Projekte in elektrischer Energie ausgedrückt, 18.000 Pferdekkräfte und zwar 13.000 HP aus der Ybbs und 5000 aus der Hochquellen- leitung. Die Studienkommission habe aber ein Alternativprojekt ver- fasst, daß die Leistung von 18.000 auf 14.500 Pferdekkräfte herabdrük- te. Das Motiv liege in der Kostenfrage. Das zweite Projekt habe aber den Nachteil, daß jetzt die Fernleitung zu wenig belastet sei. Redner spricht dann über die voraussichtliche Leistung des ersten Ausbaues, bringt die Ziffern zur Kenntnis, die sich aus den verschiedenen Berechnungen ergeben und resumiert, daß die neuen Wasserwerke mit Ebenfurth zusammenarbeitend ganz bedeutende Ersparnisse an Kohlen- verbraucht ergeben, die Geldersparnisse von jährlich 16 bis 17 Milliarden Kronen erzielen lassen. An den Vorteilen werden nicht nur die Industrie und die Gewerbe, sondern auch die Bevölkerung teil- haben, weil dann die ewigen Tarifsteigerungen aufhören und man viel- leicht sogar zu einer Herabsetzung der Elektrizitätspreise wird ge- langen können. Alle diese Vorteile bestimmend die Christlichsozialen in Anbetracht des hohen Zweckes für die Vorlage einzutreten.

GR. Dr. Pollak (jüd.-Nat.) nennt die Wasserkräfte die einzigen Aktiven, die der Friedensvertrag für Oesterreich übrig gelassen hat. Die Lösung der Frage des Ausbaues der Wasserkräfte, wie sie dem Ge- meinderat vorliegt, könne als ausgezeichnet und von großen Vorteil genannt werden. Die einzige bedenkliche Frage sei die Valutafrage. Gebaut könne nur werden, wenn Schulden kentzählt werden. Die Ge- meinde Wien habe aber selbst auf die Gefahr hin, später einmal hö- here Zinsen und eine höhere Amortisation zahlen zu müssen, die Be-

rechtigung, eine solche Investition zu machen. Denn es besteht hie- für eine Notwendigkeit, da der Stromkonsum zunimmt und die Gemeinde hat einen Schutz insoferne, als sie den teuren Strom mit den billi- gen mischen kann. Die Gemeinde hat auch das Monopol und ein ausge- bautes Netz, was deshalb wichtig ist, weil die Länder das, was jetzt gemacht wird, probieren werden. Die Länder werden sich den Verschlä- gen der Stadt Wien beugen und ihr den Strom abtreten müssen. Die Banken befinden sich wegen der Frage der Pääsierung der Obligationen in einem unruhigen Stadium und übernehmen ein großes Risiko. Die Vorsicht mit guten Kronen zurückzuzahlen kann nur dadurch beobachtet werden, daß Reserven angelegt werden, was allerdings bedeutet, daß die Bevölkerung für längere Zeit einen teureren Strom wird zahlen müssen, als er auf Grund der Kohlenpreise wäre. Die Gemeinde muß aber auf die Schaffung von Reserven bedacht sein, um die Obligationen nicht erst in 50 sondern vielleicht schon in 30 Jahren rückzahlen zu können. Man könne aber damit zufrieden sein, daß es gerade Wien ist, das sich begonnen hat, den Wiederaufbau Oesterreichs in die Wege zu leiten.

VB. Emmerling: Zunächst einige Bemerkungen allgemeiner Natur über die Preispolitik, die Kollege Dr. Pollak bemängelt hat. Er hat bemerkt, daß es der Private leichter habe den Preis festzuhalten und Einkäufe zu machen, diese unter Umständen mit hochwertiger Va- luta tätigen kann und hat daraus den Schluß gezogen, daß die Ver- teile, die aus diesen Einläufen resultieren den Konsumenten zugute kommen sollen. Das ist ein Trugschluß. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Unternehmer so altruistisch wären, daß sie alles was die durch Valutaspekulationen verdienen, den Konsumenten zu- führen. Dr. Pollak ist der Meinung, daß es später möglich sein werde durch Mischen den Preis zu ermässigen. Das machen wir heute schon. Die ganze Tätigkeit der städtischen Elektrizitätswerke zielt darauf ab, Inlandsprodukte zur Verwertung zu bringen. Wenn die Preisbil- dung der Elektrizitätswerke in den letzten Monaten sehr stark schwankte, weil ein Teil der Arbeiter in ungarischen Kronen ausge- zahlt werden musste, so ist zu konstatieren, daß die Sätze dieses Stromes trotzdem nicht die Höhe erreichten, die uns die Auslandsköh- le verursacht. Es ist selbstverständlich, daß die Wasserkräfte ent- sprechende Preisänderungen hervorrufen werden. Mit den Ausführungen des Kollegen Hofrat Schmid bezüglich der Donau stimme ich vollkommen überein. Habe aber nicht die Bedenken, die er bezüglich der Ybbs und des Lunzersees geäußert hat. Im ganzen und großen kann man heute schon nachweisen, daß die Gemeindeverwaltung Schritt für Schritt und systematisch zum Ausbau der städtischen Elektrizitätswerke schreitet, der notwendig ist, um einigermaßen die Industrie und die Notwendig- keiten der Bewohner dieser Stadt auf jene Höhe zu bringen, die zu erreichen wir durch den Krieg verhindert waren. Kollege Professor Fränkel führte aus, wie kohlenarm wir sind. In Ziffern ausgedrückt kommt es noch drastischer in Erscheinung. Im alten Oesterreich hatten wir 42½ Millionen Tennen Kohle, hievon 25 Millionen Braun- und 17 Steinkohle. Und jener Teil Oesterreichs, der heute unseres Staat aus- macht, besitzt nur 2.6 Millionen Tennen Kohle.

Die Zuwendungen an die Unternehmungsangestellten: Die Verhandlungen mit den Angehörigen der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten, die unter dem Vorsitz des Personalreferenten Stadtrat Speiser geführt wurden, hatten zum Ergebnis, dass diesen Angestellten die Zuwendungen nach dem gleichen System wie bei den Verwaltungsangestellten und Lehrern gegeben werden; sie erhalten also auch 50% ihres Septembergehaltes, jedoch ohne die Familienzulage. Der Zuschuss aus dem Titel der Feuerzuzulage wird den Unternehmungsangestellten gleichfalls mit 2250 K bemessen wie für die Verwaltungsangestellten. Das Mindestausmass muss auch hier 4500 K und bei Angestellten unter 22 Lebensjahren und mit weniger als mit 2 Dienstjahren 4000 K betragen. Die Pensionisten erhalten 18000 K.

Dies beweist, mit welcher Berechtigung wir an diese Vorlage gegangen sind. Am 5. Dezember 1919, also ganz kurze Zeit, nachdem wir die Verantwortung für die Führung der Geschäfte dieser Stadt übernommen haben, konnten wir dem Gemeinderat das Projekt zum Ankauf des Ybbstalwerkes vorlegen. Am 4. April 1920 hat der Gemeinderat den Beschluss auf die Ausübung der Option gefasst. Wir waren immer in regster Verbindung mit jenen Ländern und Körperschaften, die sich mit der Ausnützung der Wasserkräfte beschäftigten. Die Verhandlungen dienten dem Zwecke, eine Wasserkraftanlage zu besitzen, die eine Entwicklung des Elektrizitätswerkes möglich macht und der Ausmahlung des Konsumes von ausländischer Kohle. Wie sehr dies notwendig ist beweisen folgende Ziffern: Am 1. Jänner 1914 hatten die städtischen Elektrizitätswerke 92.500 Anschlüsse, heute haben sie über 220.000 Anschlüsse. Es gibt keine Großstadt, die in diesem Belange so weit zurück ist, wie Wien. Wir haben 550.000 Wohnungen, davon blies 126.400 mit elektrischem Licht und 200.000 mit Gasbeleuchtung. 343.800 Wohnungen haben weder Gas- noch elektrisches Licht und wenn man für die Beleuchtung nur ein halb Liter Petroleum zum offiziellen Preise rechnet, so ergibt dies eine Ausgabe von 1 1/4 Milliarden. So haben wir diesen Weg mit Bedacht auf die Zukunft betreten und werden unverzüglich an die Ausarbeitung der Projekte schreiten. Wir sind uns dessen bewusst, dass ein schweres Stück Arbeit zu leisten sein wird, aber es wird in gar keinem Verhältnis stehen zur Notwendigkeit auf dieser Bahn der Entwicklung vorwärts zu schreiten und darum begrüßen wir die Vorlage und stimmen für sie.

GR. Kunze (chr. soz.) erklärt, dass seine Partei für die Vorlage mit einem weinenden und einem lachenden Auge stimme. Mit einem weinenden, weil das ganze Prinzip, nach welchem hier vorgegangen wird, eine gründliche Abkehr von den bisherigen Grundlagen der Gemeindepolitik bedeutet. Der Redner erinnert daran, dass die Gemeinde Wien in ihrer früheren Kommunalpolitik immer den Gedanken vertrat, aus eigenen Kräften Unternehmungen zu schaffen, und ihnen gleichsam eine Monopolstellung zu geben. Diesem Grundsatz verdankt die Gemeinde auch ihre hohe Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit. Die städtischen Unternehmungen, die die Gemeinde den seinerzeitigen Boykott der Wiener Banken zum Trotz geschaffen, sind heute im Vergleich zur Schuld, mit der sie belastet sind, eigentlich vollständig schuldenfreie Unternehmungen. Diese Tatsachen zu konstatieren, halte Redner für nützlich hauptsächlich um zu zeigen, welche gewaltige Aenderung sich in der Gemeindepolitik vollzogen hat. Wir sind heute mit einem großen Zug zur Bankesierungspolitik übergegangen. Die Frage ist, ob dieser Schritt leichtfertig unternommen wurde, oder ob die Verhältnisse einen so starken Zwang ausübten, dass man keinen anderen Ausweg finden konnte. Es sei zugegeben, dass

die Gemeinde Wien angesichts der Wirtschaftsverhältnisse und der ungeheuren Schwierigkeiten im Kreditwesen unter einem derart starken Drucke steht, dass sie ihn nicht meistern kann. Aus diesem Grunde treten wir für das neue Prinzip ein, so sehr es auch von unserem grundsätzlichen Gedanken abweicht. Bedenken erregt nur der Umstand, dass die neue Unternehmung sich ein sehr weites Tätigkeitsgebiet eröffnet habe und berechtigt sein soll, Tochterinstitute zu errichten. Hier werde die Gemeinde Wien praktisch nicht mit tun können, denn die Tochterinstitute werden nach dem Willen der Banken entstehen. Die Gemeinde werde sich dann einfach sagen müssen, dass sie von dem ihr zustehenden Rechte der Mitwirkung aus finanziellen Gründen keinen Gebrauch wird machen können. Es entsteht die Befürchtung, dass mit der Zeit parasitäre Erscheinungen auftreten, die von der Lebenskraft des Werkes sich nähren werden. Diese Gründe seien die Veranlassung, weshalb Redner von einem weinenden und einem lachenden Auge gesprochen habe. Es gibt Stimmen, die behaupten, dass nicht eine Verbilligung des Stromes, sondern eine Verteuerung eintreten werde, und dass die Wasserkraftwerke nicht eine Entlastung der Kohlenwerke mit sich bringen werden, sondern eine Belastung. Die Rentabilität wird von ernstzunehmender Seite lebhaft angezweifelt. Ich bin zu wenig Kaufmann, um mit darüber ein Urteil anzumachen. Für mich gilt auch einzig und allein die Tatsache, dass ein großer volkswirtschaftlicher Gedanke mit der Errichtung der Werke verwirklicht werden soll und dass ist für uns maßgebend für die Vorlage zu stimmen. Redner schließt: Ich wünsche nur, dass uns Gelegenheit gegeben ist, öfters über Dinge miteinander beraten zu können und begrüße es, dass es unsern Vertretern gelungen ist, gewisse Verbesserungen durchzusetzen. Hoffen wir, dass auf diesem Geleise vernünftige Zugführer die Zuggarnitur in der Hand haben, so dass uns an der Endstation nicht eine schwere Enttäuschung, sondern eine uns alle befriedigende Gemütsruhe begrüßt.

Der Referent St. R. Breitner führt in seinem Schlussworte aus: Ich gebe meiner grossen Freude Ausdruck, dass der gesamte Gemeinderat sich ohne Unterschied der Partei auf den Boden reiner Sachlichkeit zusammengefunden hat um ein Werk zu beschliessen, dass dieser in so schwerer Not befindlichen Stadt zum Nutzen gereichen wird. Diese Tatsache an sich und der Beschluss mit dem Ausbau der Wasserkräfte zu beginnen wird gewiss seinen Eindruck auf das Inn- und Ausland nicht verfehlen und ich bitte den hohen Gemeinderat die Vorlage zum Beschluss zu erheben.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wurden die Anträge des Referenten einstimmig genehmigt.

Der Bürgermeister spricht allen jenen Persönlichkeiten, einschliesslich der städtischen Funktionäre und Beamten, insbesondere dem Präsidenten des Elektrizitätswirtschaftsamtes Dr. Wilhelm Ellenbogen und den Ratsräten des Bundesministeriums für Verkehrswesen Ing. Emil Gärtner und Ing. Dr. Max Pernt für ihre Mühewaltung und ihr verdienstvolles Wirken namens des Gemeinderates den Dank aus.

Desgleichen dankt der Bürgermeister den Mitgliedern des Gemeinderates ohne Unterschied der Partei, dass sie in Erkenntnis der Tragweite des Beschlusses alles Trennende zurückgestellt haben und der Vorlage einstimmig zustimmten.

Nach Vornahme der Wahl für die Gemeindekommission zur Bildung der Geschworenen- und Schöffenlisten für das Jahr 1922 schliesst der Bürgermeister die Sitzung.